

Das Bedürfnis nach Widerstand wächst

Aus passiven Duldern müssen aktive Kämpfer werden

Die Krise, die weltweit Chaos verbreitet, kann nur wirksam bekämpft und dauerhaft überwunden werden, wenn Analysearbeit ihre Ursachen aufdeckt und wenn die erarbeitete Alternative und alternative Politik darauf orientieren, diese Ursachen zu überwinden, zu beseitigen. Offiziell wird die Krise als „Finanzkrise“ bezeichnet. Regierungsfunktionäre der Monopolkapitalisten kritisieren deren Bankfunktionäre. Die haben durch Fehlleistungen einen krisenhaften Geldmangel an *falschen* Stellen und die Gefahr heraufbeschworen, daß die wirklichen Krisenursachen sichtbar werden könnten. Die Krisenursache erscheint zunächst als „Geldmangel“, als der steigende Mangel an lebensnotwendigen Existenzmitteln bei Millionen Menschen und ganzen Völkern. Diese Not blockiert nicht nur die Tilgung von Krediten, sondern erschüttert das System der monopolkapitalistischen Produktionsweise und die darauf fußende Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Hauptursache für die Zerstörung individueller und gesellschaftlicher Existenzbedingungen ist das Eigentumsmonopol an Produktionsmitteln, das mit der Herrschaft über die Lebensbedingungen des Proletariats begonnen hat. Die geschichtlichen Tatsachen der kapitalistischen Produktionsweise haben bestätigt, was Karl Marx in seiner Kapitalanalyse offenlegt hat. Die kapitalistische Akkumulation von Profit und Reichtum auf dem einen gesellschaftlichen Pol ist zugleich Akkumulation von Armut und Elend auf dem Gegenpol, vor allem auf seiten der Klasse, „die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert“. (MEW 23/575)

Doch die Lebensfähigkeit von Kapital ist nicht schlechthin vom Profit abhängig, sondern von einem konkurrenzfähigen Profit. Der bedeutet Herrschaft auch über Konkurrenten und über den individuellen und gesellschaftlichen Konsum der Bevölkerung ganzer Länder. Bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln gehen alle Schritte kapitalistischer Entwicklung in Richtung einer immer größeren Monopolisierung und eines „ungeheuren Anwachsens der Profite des Großkapitals auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsschichten“. (LW 24/302)

So, wie sich das Eigentumsmonopol an Produktionsmitteln zum monopolistischen, zum imperialistischen Kapitalismus entwickelt hat, sind Profite nur noch konkurrenzfähig, wenn sie sich im Bereich von Milliardeneinkünften bewegen. Das hat zunehmend alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens monopolkapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft unterworfen.

Auch der Staat, der die Ausbeuterordnung mit Gesetzen, Repressionen und der Förderung von Expansionsmöglichkeiten sichert, wurde in den Reproduktionsprozeß des Monopolkapitals integriert. Er organisiert im Interesse der Monopole die Umverteilung von unten nach oben, stärkt die internationale Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Konzerne und die Unterwerfung immer weiterer Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unter die Herrschaft der Monopolisten.



Diese und ihre Funktionäre haben die Erzeugung massenhafter Armut, die zunehmende Aggressivität und Produktivitätsfeindlichkeit und die Entfaltung aller Repressionsmöglichkeiten gegen Kritik und Alternativen krisenhaft und weltweit zugespitzt. Hauptverantwortlich dafür sind die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals. Sie haben im vergangenen Jahrhundert schon einmal mit faschistischen Mitteln und Methoden die Menschheit in eine lebenszerstörerische Katastrophe gestürzt, die ihre Vorboten in der großen Krise von 1929/30 hatte.

Den bitteren Erfahrungen der Massen mit dem Faschismus Rechnung tragend, verschärfen diese Volksfeinde den Klassenkampf in neuen Formen, mit neuen Mitteln. So haben sie zum Beispiel zur proimperialistischen Gleichschaltung politischer Bewegungen den Parlamentarismus nicht abgeschafft, „unbequeme“ Organisationen und Akteure wurden nicht vernichtet, sondern mit neuen

Formen der Repression „integriert“ oder politisch in die Isolation getrieben.

Die Großkapitalisten Deutschlands versuchen, in scheinheiliger Distanz zum Hitlerfaschismus die ökonomischen und politischen Potentiale Europas diesmal nicht mit militärischer Gewalt, sondern mit Hilfe des Euro und der EU ihren erneuten Weltmachtplänen dienstbar zu machen. Mit Krieg wurde noch Jugoslawien heimgesucht, danach wurde er in andere Weltregionen verlegt und der kollektive Aggressor, die EU, als Friedensmacht bezeichnet.

Im Weltmaßstab erwächst die existentielle Gefahr für die Menschheit vor allem aus der präventiven Kriegspolitik der USA und der Drohung mit dem atomaren Erstschlag. Doch über die NATO ist die EU mit Deutschland Teilhaber dieser Bedrohung. Zusätzlich fördern und stärken zwei Programme jene Bedingungen und Grundlagen, die auch hier zur gegenwärtigen Krise geführt haben.

Das eine Programm, die Agenda 2010, wird schon mit den bekannten Krisenfolgen für die Lebensbedingungen der Bevölkerung praktiziert. Das andere soll die „deutschen“ Erfahrungen auf alle Länder der EU übertragen. Der erste Versuch mit dem Vertrag für eine Verfassung für Europa ist an der Wahlentscheidung in Frankreich und den Niederlanden 2005 gescheitert. Der neu aufgelegte Versuch mit den Verträgen von Lissabon hat 2008 von den Iren einen Dämpfer bekommen. Die Koalition der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals hat einen neuen Kalten Krieg entfesselt, um die irische Entscheidung zu korrigieren.

Alternativ gefordert ist eine Koalition der Solidarität mit der irischen Entscheidung und deren schöpferische Nutzung. Illusionär ist die Meinung, die Verträge von Lissabon könnten von der Koalition der kalten Krieger zu Volksbefragungen in den Mitgliedsländern zugelassen werden oder die nächsten EU-Wahlen könnten die volksfeindliche EU in Frage stellen. Doch in der EU gibt es Städte und Regionen, in denen Volksbefragungen zu einer alternativen Kampfaufgabe werden könnten, mit der zu erwartenden Beweisführung, daß die parlamentarisch abgenickten Ratifizierungen über keine demokratische Legitimation verfügen und korrigiert werden müssen

Eine *Analyse* der Krisenursachen rückt die alternativen Aufgaben in den Vordergrund: Armut, Kriege und imperialistische Repressionen zu überwinden und einem antiimperialistischen Demokratismus den Weg zu bereiten. Das ist nicht in einem Sprung, in einer Etappe des Klassenkampfes zu erreichen, enthält aber die Kriterien für eine andersgeartete Politik, für die Organisierung von Aktions- und

Wahlbündnissen, die an das anvisierte Ziel heranführen. Im Unterschied zu propagierten „Alternativen“ in Form von abstrakten Theoriebegriffen sind wirkliche Alternativen massenhaften Erfahrungen zugänglich.

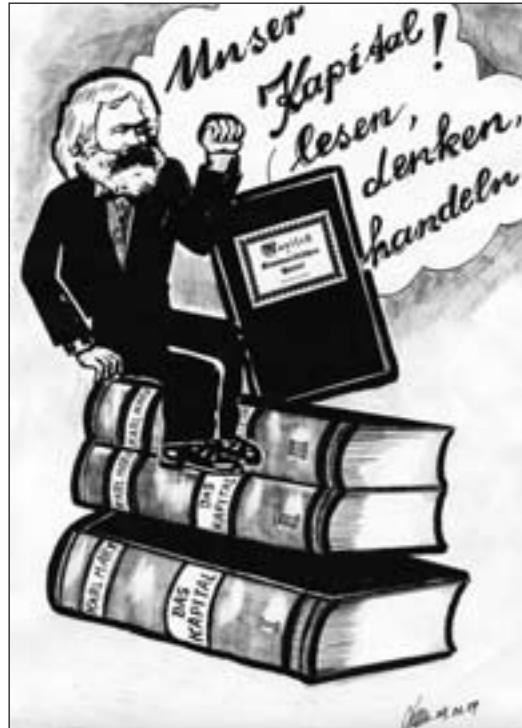
Eine Koalition andersorientierter Kräfte hätte zum Beispiel keine Schwierigkeiten, im Kampf gegen Armut, Krieg und imperialistische Repression den alternativen Charakter etwa folgender Kampfaufgaben zu belegen: Abschaffung der Mehrwertsteuer; Verbot neofaschistischer Organisationen; Rückführung der Gesetzgebung an die gewählte Volksvertretung; jährliche Reduzierung der Ausgaben für Rüstung und Militäreinsätze; Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Einkommensverluste, aber mit Freizeitgewinn für Erholung, kulturelle Bedürfnisse, Sport, politisches Engagement und anderes. (Die Volksfeinde setzen Kurzarbeit und Arbeitsplatzabbau dagegen.)

Alternative Programme können nur verwirklicht werden, wenn sie geeignet sind, entsprechendes Denken und Handeln von gesellschaftlicher Ohnmacht zu befreien und sie zu einer gesellschaftlichen Macht, d. h. zu einer organisierten Kraft werden zu lassen. Alternatives Denken und Handeln ist vor allem mit dem Gewaltmonopol der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Großkapitals konfrontiert. Dieses beruht auf einer größtmöglichen Zentralisation politischer und ökonomischer Macht, mit der eine ausgebeutete und unterdrückte Mehrheit in Schach gehalten wird, mit der die Krisenursachen, mit der Armut, Kriege und imperialistische Repression verewigt werden sollen.

Wichtige Instrumente dazu sind: die Monopolverbände, die gleichgeschalteten proimperialistischen Parteienblöcke, die EU, die Koalition der G 7, der IWF, die Weltbank, die WTO, die verschiedenen Militärblöcke wie vor allem die NATO. Mit Hilfe solcher internationalen Machtorgane wurden bereits die geplante demokratische und friedenssichernde Nachkriegsordnung und die entsprechenden Möglichkeiten der UNO torpediert. Solche Organisationen wurden als Machtorgane zur Lähmung der UNO entwickelt, um mit ihrer Hilfe das Kriegsverbot der UNO-Satzung durch das Recht auf Aggressionen zu ersetzen und dieses zu praktizieren. Im weiteren wurden und werden Absichten und Ansätze zu wirklich alternativem Denken und Handeln aufgespalten, zersplittert und mit Dutzenden von Scheinalternativen überdeckt, damit wirkliche Alternativen ohnmächtig bleiben.

Das wichtigste Instrument dieser Politik ist von der Angst diktiert, daß alternatives Denken und Handeln revolutionäres Denken und Handeln reaktivieren könnte, welches im 20. Jahrhundert – beginnend mit der Oktoberrevolution – eine Geschichtswende herbeigeführt hat. Aus-

beuter wurden ökonomisch und politisch entmachtet, Kriegstreibern wurde das Handwerk gelegt oder ihrem Aggressionsdrang durch die Friedensmacht des Sozialismus, vor allem der Sowjetunion, Grenzen gesetzt. Auf diese Kraft gestützt, wurde in einer breitestmöglichen Koalition der Versuch zerschlagen, die Menschheit faschistischer Barbarei zu unterwerfen. Imperialistischer Kolonial-



Grafik: Heinrich Ruynat

politik wurden Niederlagen bereitet. Führende Aggressionsmächte mußten Niederlagen einstecken, so die USA in Vietnam und Kuba. Tonangebende Kreise der ehemals faschistischen Führungsmacht Deutschland hatten die Herrschaft über einen Teil des Landes verloren.

Mit dem Ziel, all das nachfolgende Generationen vergessen zu lassen, wurden Verlage und Redaktionen mobilisiert, um die Geschichte des 20. Jahrhunderts umzuschreiben. Die Erfahrungen revolutionärer Klassenkämpfe und Veränderung wurden ausradiert. Das Ganze garnierte man mit der Lüge, solches Denken und Handeln habe sich für immer selbst zerstört und aus der Geschichte verabschiedet, weshalb es nicht zukunftsfähig und für das neue Jahrhundert nicht mehr erwähnenswert sei.

In Wirklichkeit wurden der sozialistischen Friedensmacht Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern vor allem durch gesteigerte militärische Bedrohung und den Kalten Krieg die ökonomischen und politischen Existenzbedingungen entzogen. Der Kalte Krieg der imperialistischen Großmächte wurde zu einer der Entspannung dienenden Politik umgelogen. Das Ergebnis dessen ist die gegenwärtige bedrohliche Weltlage. Die Beseitigung der Potentiale sozialistischer Staaten hat den Weg dazu bereitet.

Die umfangreiche Literatur zu den Ursachen unserer Niederlage geht überwiegend an diesen Tatsachen vorbei und kapituliert vor dem geschichtlich neuen Problem, auf welche Weise der revolutionäre Internationalismus sozialistischer Länder dem Kalten Krieg genauso erfolgreich Widerstand hätte leisten können wie zuvor anderen Feindangriffen. Doch die Beantwortung dieser Frage ist eingebunden in das vordringliche Bedürfnis nach aktuellen antiimperialistischen Aktivitäten.

In jüngster Zeit wurden staatliche Repressionen gegen Antifaschisten und deren Aktivitäten verschärft. Diese sind vor allem darauf gerichtet, in Deutschland demokratische und verfassungsrechtliche Restbestände vor der imperialistischen Zerstörung zu schützen. Der Staat forciert die Unterdrückung aller Linkskräfte, um nazistischen Bestrebungen zum Demokratieabbau mehr Entfaltungsmöglichkeiten zu verschaffen. Hier wird sichtbar, daß faschistische, antideмократische Gefahren nicht nur von Naziorganisationen ausgehen, sondern auch von den Institutionen selbst.

Doch es gibt auch zwei sich ergänzende Varianten des imperialistischen Terrors: Die alte Variante wirkt in offen militanter Gewalt. Dafür stehen neofaschistische Organisationen und Kameradschaften bereit. Die moderne Variante manifestiert sich in getarntem, „neoliberalen“ Terrorismus, der vor allem die Politik des Kalten Krieges kennzeichnet. Das Wechselspiel zwischen beiden Varianten imperialistischen Terrors zeigt sich heute besonders in der Politik der herrschenden Kreise Israels gegen die Palästinenser. Diese hält für sie nur die Alternative offen, zwischen zwei Formen des Terrors zu wählen: sich entweder bedingungslos dem Diktat Tel Avivs zu unterwerfen oder mit Krieg überzogen zu werden.

Die Krise verstärkt kritische Fragen und auch das Bedürfnis nach Widerstand gegen volksfeindliche Praktiken. Der Klassenfeind verschärft den Kampf gegen alle Ansätze und Möglichkeiten, seiner Politik Widerstand zu leisten. Mit den Schlägen gegen Antifaschisten will er verhindern, daß diese aus den Reihen der Nichtfaschisten Verstärkung erhalten. Die gleiche Politik verfolgt man, um Prozessen entgegenzuwirken, die aus Friedensfreunden bewußte Antiimperialisten, aus Demokraten revolutionäre Demokraten und aus beliebigen Linken sich verstärkt dem wissenschaftlichen Sozialismus zuwendende Kämpfer machen.

Alternatives Denken und Handeln zielt also darauf ab, aus Duldem imperialistischer Politik bewußte Widerständler gegen ihren Opferstatus werden zu lassen, die sich zu organisiertem Handeln zusammenfinden, um einem antiimperialistischen Demokratismus den Weg zu bereiten.

Wissenswertes zu Tibet

Über Vergangenheit und Gegenwart des Autonomen Gebiets der Volksrepublik China

Im vergangenen Jahr haben sich Medien und Politiker viel mit Tibet beschäftigt. Dabei sind zwei Dinge zutage getreten: Erstens wird über dieses Gebiet und seine Menschen viel Falsches verbreitet. Zweitens ist nicht Tibet das eigentliche Angriffsziel, sondern das sozialistische China.

Deshalb soll hier Wesentliches kurz benannt werden: Die VR China, die in diesem Jahr den 60. Jahrestag ihrer Gründung begeht, ist mit über 1,3 Milliarden Menschen das bevölkerungsreichste Land der Erde und mit 9,6 Millionen km² das drittgrößte Flächenland. China ist in 34 Gebiete mit Provinzcharakter untergliedert (einschließlich Taiwan). Fünf Autonome Gebiete der nationalen Minderheiten gehören dazu. Diese umfassen ca. 43 % des gesamten Territoriums.

Am Rande der Ende 2008 im indischen Exil Dharamsala durchgeführten Konferenz der Exil-Tibeter hat der Dalai Lama erneut ein Groß-Tibet gefordert. Dies solle alle Gebiete umfassen, in denen Tibeter siedeln (insgesamt leben in der VR China 5,6 Millionen). Das sind 25 % des chinesischen Staatsterritoriums. Angehörige anderer Nationalitäten sollten diese Gebiete verlassen.

Unternehmen wir einen kurzen Ausflug in die Geschichte.

Eine Prinzessin des chinesischen Kaiserhofes wurde 641 u. Z. mit dem König des tibetischen Reiches verheiratet. So begann die Zugehörigkeit Tibets zu China. Mitte des 13. Jahrhunderts war Tibet offiziell in das chinesische Territorium eingegliedert.

Die Politik der kapitalistischen Mächte, China unter sich in Einflusssphären aufzuteilen, wurde insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorangetrieben. Das Land wurde zu einer Halbkolonie. 1888 und 1903 überfielen britische Truppen von ihrer indischen Kolonie aus Tibet, um es seiner Einflusssphäre anzugliedern. Die britischen Truppen besetzten zeitweise Lhasa, der XIII. Dalai Lama mußte 1904 fliehen. Tibetische Behörden gaben unter britischem Druck 1913 eine „Unabhängigkeitserklärung“ ab, die auf den Widerstand der chinesischen Zentralregierung stieß und auch international nicht anerkannt wurde. Es entspricht nicht der historischen Wahrheit, wenn behauptet wird, Tibet sei in der Zeit seit dem Sturz der Kaiserherrschaft in China 1911 und der Gründung der VR China 1949 de facto ein unabhängiger Staat gewesen. In seiner Antrittsrede als erster Provisorischer Präsident der Republik China verkündete Sun Yatsen am 1. 1. 1912 die Vereinigung der Han, Mandschuren, Mongolen, Hui und Tibeter in einem Staat, zu Mitgliedern einer großen Familie. Die Proviso-

rische Verfassung der Republik China legte eindeutig fest, daß Tibet Bestandteil deren Territoriums ist. Die Vertreter der tibetischen Lokalregierung nahmen an offiziellen Akten der Guomindang zur Bildung der Nationalregierung und der Nationalversammlung teil.

Entsprechend der mehrere Jahrhunderte bestehenden Prozedur wurde auch der XIV. Dalai Lama 1940 durch die Zentralregierung bestätigt.



Brüder im Geiste: der Dalai Lama und Hessens Oberreaktionär Roland Koch

In der Endphase des Bürgerkrieges, in der sich die Niederlage der Tschiang-Kaischek-Truppen immer deutlicher abzeichnete, und besonders nach der Gründung der Volksrepublik China haben die USA ihre Aktivitäten in dieser Region intensiviert. In einem Pressebericht hieß es, „die Vereinigten Staaten sind bereit, Tibet als ein unabhängiges und freies Land anzuerkennen“. Waffen und Munition wurden dorthin geliefert, um dem Einmarsch der Volksbefreiungsarmee Widerstand entgegenzusetzen.

Als im Juni 1950 der Korea-Krieg begann, wurde Tibet ein Glied in der strategischen Kette der USA zur Einkreisung des Ostens. Am 13. Juni kündigte das U.S. State Department in einer Note an den britischen Botschafter an, daß die USA sehr wahrscheinlich Aktionen durchführen würden, um tibetische Ambitionen, sich von China loszusagen, zu ermuntern und zu unterstützen.

Im Krieg gegen die Guomindang-Herrschaft wurden die Nachbarprovinzen Tibets friedlich befreit. Die lokalen Behörden in Lhasa aber lehnten Verhandlungen mit der neuen Zentralregierung ab und massierten Truppen im Osten Tibets. Deshalb wurde das zu ihm gehörende Gebiet Qamdo 1950 von der Volksbefreiungsarmee eingenommen.

Am 23. Mai 1951 wurde ein Abkommen über die friedliche Befreiung Tibets zwischen der Zentralregierung und der Lokalregierung Tibets unterzeichnet. Dalai Lama und Panchen Lama nahmen 1954 am Ersten

Nationalen Volkskongreß teil, auf dem die Verfassung der VR China angenommen wurde, die auch die Prinzipien der nationalen Gebietsautonomie festlegte.

Nach der friedlichen Befreiung Tibets setzten die USA ihre Einmischung fort. Im Juli 1951 traf Thubten Norbu, der älteste Bruder des damals 16jährigen Dalai Lama, in New York ein und führte Geheimgespräche mit den US-Behörden unter Mitwirkung der CIA. Zur gleichen Zeit unterzeichnete ein weiterer älterer Bruder des Dalai Lama, Gyalo Thondup, eine Vereinbarung mit der CIA über Nachrichtenbeschaffung und Guerillakampf in Tibet. Die USA begannen mit der Ausbildung von tibetischen Terroristen.

Bis in die 50er Jahre herrschte in Tibet finsterste Leibeigenschaft. Fünf Prozent der Bevölkerung bildeten die herrschende Schicht, darunter der weltliche und der geistliche Adel in den Klöstern, 90 % der Bevölkerung waren Leibeigene und fünf Prozent Sklaven. Die Feudalherren widersetzten sich Reformen und verstärkten mit Unterstützung der CIA separatistische Bestrebungen. Am 10. März 1959 inszenierten sie einen bewaffneten Putsch in Lhasa mit dem Ziel, Tibet von China loszutrennen. Am 17. März wurde der zu jener Zeit 23jährige Dalai Lama an die Grenze verbracht, von wo aus die Aufrührer, als der Putsch gescheitert war, in das Nachbarland flohen. Die CIA unterstützte den Dalai Lama bei seiner Flucht nach Indien auf vielfältige Weise. Flugzeuge der CIA drangen Hunderte Meilen in den chinesischen Luftraum ein, um die Flüchtlinge zu eskortieren. Sie beobachteten die Bewegungen der chinesischen Volksbefreiungsarmee, warfen Lebensmittel, Landkarten, Rundfunkempfänger und Geld für die Flüchtenden ab. Ein in den USA ausgebildeter Tibeter begleitete den Fluchtkonvoi.

Nach der Niederschlagung des Putsches wurden in Tibet demokratische Reformen eingeleitet. Danach konnten das System der theokratischen feudalen Leibeigenschaft beseitigt und Leibeigene wie Sklaven befreit werden.

Der Tibeter Dainmba kehrte nach langjährigem Aufenthalt im Ausland, darunter in einem speziellen Ausbildungslager im USA-Bundesstaat Colorado, nach China zurück. Er äußerte im Mai 1991 zu seiner Unterweisung: Ein Politinstrukteur habe erklärt, um zu verhindern, daß China reich und stark werde, bestehe die Strategie darin, das Land zu teilen, solange es noch arm sei. Zunächst habe Washington die Lostrennung Tibets anvisiert, dann sollten Xinjiang, danach die Innere Mongolei und schließlich die Mandschurei folgen.

Die USA unterhielten eine Reihe von Lagern, in denen Tibeter für Sondereinsätze vorbe-

reitet wurden. Nach offiziellen Verlautbarungen einschlägiger Dienststellen sollen diese nach dem China-Besuch Präsident Nixons (1972) und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der VR China 1976 aufgelöst und die finanzielle und waffentechnische Unterstützung für die tibetischen Separatisten beendet worden sein.

Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre haben die USA mit dubiosen Mitteln versucht, die sogenannte Tibet-Frage in der UNO auf die Tagesordnung zu bringen. Später wurde sie eine Karte im Spiel der USA-„Menschenrechtsdiplomatie“. Am 18. Juni 1987 hat das USA-Repräsentantenhaus eine Entschließung „Chinas Verletzung der Menschenrechte in Tibet“ angenommen. Sie wurde Bestandteil des U.S. Foreign Relations Authorization Act für die Jahre 1988/89. Parlamente anderer westlicher Staaten, u. a. das Europa-Parlament, folgten mit inhaltsgleichen Dokumenten. Am 21. September 1987 sprach der Dalai Lama vor dem Menschenrechtskomitee des USA-Repräsentantenhauses. Es ist sicher nicht zufällig, daß wenige Tage danach, am 27. September 1987, erstmals seit 1959 in Lhasa Unruhen mit der Forderung nach „Unabhängigkeit Tibets“ ausbrachen. Es soll hier auf die terminliche Nähe der Aktionen der USA 1987 bis 1989 zu den Ereignissen Mitte 1989 in Beijing und danach in Europa hingewiesen werden.

Kein Staat der Erde, so auch nicht die USA, hat Tibet jemals als souveränen Staat anerkannt oder diplomatische Beziehungen mit der in Dharamsala residierenden „tibetischen Exilregierung“ aufgenommen (auch Indien nicht). Selbst Washingtons Botschafter in China erklärte bei seinem Besuch in Lhasa am 17. April 1997, seit der Ära Sun Yat-sens hätten die USA Tibet stets als untrennbaren Teil Chinas anerkannt.

Das Autonome Gebiet Tibet wurde auf der Grundlage der Verfassung der VR China am 1. 9. 1965 geschaffen. Es umfaßt 1,228 Millionen km² und hat heute eine Bevölkerung von 2,8 Millionen, davon über 90 % Tibeter, 6 % Han. Insgesamt leben dort acht Nationalitäten.

Wirtschaft und Lebensstandard haben sich auch unter den extrem harten Naturbedingungen (durchschnittliche Höhenlage über 4000 m, Erschwernisse bei Verkehr und Energieversorgung usw.) deutlich entwickelt. Kultur, Bildung und Gesundheitswesen erfuhren sichtbar positive Veränderungen.

Zentrale Gesetze können nach den lokalen Gegebenheiten flexibel gehandhabt werden. So bleiben Polyandrie und Polygynie als eheliche Beziehungen anerkannt. Das Neujahrsfest und andere Feierlichkeiten werden entsprechend dem tibetischen Kalender begangen. Unter Berücksichtigung der Natur- und Klimabedingungen beträgt die Arbeitswoche 35 Stunden; Tibetisch und Chinesisch sind gleichberechtigte Amtssprachen, wobei Tibetisch an erster Stelle steht.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erreichte bereits im Jahre 2000 das Dreißigfache im Vergleich zu 1951. Über 90 % der schulpflichtigen Kinder besuchen heute den Unterricht, im alten Tibet waren es nur 2 %. Damals galten 95 % der Jugendlichen und Erwachsenen als Analphabeten, heute liegt die Rate unter 30 %. In Tibet bestehen 25 wissenschaftliche Institute und vier Universitäten. 80 % der Kader des Autonomen Gebiets gehören der Nationalität der Tibeter oder anderen nationalen Minderheiten an.



Belehrt Russen und Chinesen: Bundestags-Menschenrechts-„experte“ Volker Beck

Seit seiner Gründung wurden 1400 Klöster und Tempel renoviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Mehrheit der tibetischen Bevölkerung bekennt sich zum tibetischen Buddhismus. Aber auch Islam und Katholizismus haben Anhänger. Es gibt über 1700 Stätten für tibetisch-buddhistische religiöse Handlungen, etwa 46 000 buddhistische Mönche und Nonnen, vier Moscheen und 3000 Moslems, eine katholische Kirche und 700 Katholiken. Die Bevölkerung Tibets wuchs von 1,14 Millionen (1951) auf 2,7 Millionen (2003), davon 2,5 Millionen Angehörige der tibetischen Nationalität. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg von 35,5 auf 67 Jahre.

Tibet verfügt heute über 41 000 km befestigte Straßen und eine über 1000 km lange Erdölleitung von Golmud nach Lhasa, mit der die Treibstoffversorgung gesichert wird. 2007 wurde die erste Eisenbahnstrecke nach Lhasa in Betrieb genommen.

18 Naturschutzgebiete erstrecken sich über 33,9 % des tibetischen Territoriums. (Das sind 416 000 km², mehr als die Fläche der BRD ausmacht.) Auch die großen Städte gehören zu den ökologisch saubersten der Welt.

Der aktuellen Entwicklung ging eine Reise des Dalai Lama im zweiten Halbjahr 2007 durch mehrere westliche Hauptstädte voraus, bei der er auch von Kanzlerin Merkel empfangen wurde und die in Washington endete. Bereits im Mai 2007 fand in Brüssel eine „Tibet-Konferenz“ statt, zu der die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung eingeladen hatte. Dort wurden „Chancen ausgelotet“, die sich „den Tibetern mit den

Olympischen Spielen in China bieten“. Im November folgte dann in Berlin eine Veranstaltung des „Tibet-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag“, welche „Tibet und Olympia“ zum Thema hatte. Nach dem Veranstaltungsbericht beinhaltete die Diskussion „hauptsächlich die Frage, ob die Olympischen Spiele einen Hebel bieten, mit dem die Tibet-Politik Chinas beeinflusst werden kann“.

Am 4. Januar 2008 wurde im indischen Exil des Dalai Lama mit dessen ausdrücklicher Billigung ein exiltibetischer Kampfverband, die „Tibetan People's Uprising Movement“ (TPUM) gebildet, die aus Mitgliedern des militanten „Tibetan Youth Congress“ besteht. Ihr erklärtes Ziel: „direkte Aktionen“ durchführen. „Wir werden den historischen Moment der Olympischen Spiele dazu nutzen, ... das Ende der chinesischen Besetzung herbeizuführen.“ Das war die Neuauflage einer Ende der 80er Jahre gebildeten exiltibetischen Terrororganisation. Kurz nach dieser Gründung kam es zu ersten Gewaltakten in Lhasa und anderen Orten.

Der Dalai Lama, dieser „Gottkönig“, spricht von Menschenrechten, ist aber selbst der Repräsentant von Leibeigenschaft und Sklaverei in Tibet gewesen. Er hat sich nie davon distanziert. Er läßt sich als Demokrat bezeichnen, wurde aber in keine seiner Funktionen jemals gewählt. Er soll der Vertreter der Gewaltlosigkeit sein, hat sich aber nie gegen die Aggressionskriege der USA und der NATO ausgesprochen. Er redet von Humanismus, ohne sich von seinem Freund Asahari, dem Anführer der für das Giftgasattentat in der Tokioter U-Bahn verantwortlichen Aum-Sekte, zu distanzieren.

Die Auseinandersetzungen über „Tibet und Olympia“ waren prinzipieller Natur. Es handelte sich um einen imperialistischen Angriff gegen das sozialistische China. Zitiert sei ein Artikel von Anatol Lieven aus dem Jahre 2002: „Was radikale US-Nationalisten im Sinn haben, ist entweder, China durch eine überwältigende Militärmacht und die Schaffung eines Rings von US-amerikanischen Verbündeten ‚einzudämmen‘ oder, im Falle der wirklichen Radikalen, den chinesischen kommunistischen Staat zu zerstören, wie die Sowjetunion zerstört wurde. Wie bei der Sowjetunion würde dies vermutlich beinhalten, durch die ‚Befreiung‘ Tibets und anderer Regionen und unter dem Deckmantel der ‚Demokratie‘ die chinesische Zentralregierung und deren Fähigkeit, die Ökonomie und die Armee zu entwickeln, lahmzulegen.“

Der Angriff ging ins Leere, Olympia in Peking war ein voller Erfolg. Angesichts der kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftskrise richtet sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit mehr und mehr auf die VR China. **Rolf Berthold**

Unser Autor war bis 1990 DDR-Botschafter in der Volksrepublik China.